

Nr. 02/01

**Niederschrift**

**über die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Oldenburg  
am Dienstag, 16.01.2001, im PFL**

Anwesend:

**vom Rat:**

Oberbürgermeister Dr. Poeschel	Ratsherr Dr. Knake
Bürgermeister Nehring	Ratsfrau Königer
Bürgermeisterin Neidhardt	Ratsherr Krummacker
Ratsherr Adler	Ratsherr Kühnrich
Ratsfrau Ahlers	Ratsherr Liebscher
Ratsherr Albayrak	Ratsherr Lück
Ratsfrau Alisch	Ratsherr Lüpkes
Ratsfrau Bockmann	Ratsfrau Multhaupt
Ratsherr Brandt	Ratsherr Munderloh
Ratsfrau Burdiek	Ratsherr Dr. Niewerth
Ratsherr Danne	Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann
Ratsherr Degener	Ratsherr Norrenbrock
Ratsherr Dierks	Ratsherr Reck
Ratsherr Drieling	Ratsfrau Rohde-Breitkopf
Ratsherr Dr. Effenberger	Ratsfrau Scheibert
Ratsfrau Eilers-Dörfler	Ratsherr Schubert
Ratsfrau Flemming-Schneider	Ratsherr Schwartz
Ratsherr Götting	Ratsherr Siek
Ratsherr Hahn	Ratsfrau Stolze
Ratsfrau Hartmann	Ratsherr Stratmann
Ratsherr Heinz	Ratsfrau Telle-Koch
Ratsherr Hochmann	Ratsherr Dr. Westholm
Ratsherr Hoppe	Ratsherr Zabel
Ratsherr Kaps	Ratsherr Zietlow
Ratsherr Klarmann	

**von der Verwaltung:**

Erster Stadtrat Otter	Städt. Direktorin von Danckelman
Stadträtin Opphard	Städt. Direktor Paetzold
Stadtrat Dr. Seeber	Pressesprecher Krogmann
Stadträtin Niggemann	Verw.angest. Triebe als Protokollführer
Stadtbaurat Schutte	

**Entschuldigt fehlen:**

vom Rat:  
Ratsherr Claußen  
Ratsherr Daum

**Beginn der Sitzung:** 18.03 Uhr

**Ende der Sitzung:** 18.50 Uhr

**Hinweis:**

Mit Ausnahme der **beigefügten Anlage 3** wurden die Vorlagen bereits zur Sitzung übersandt.

## 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Nehring eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## 2. Genehmigung der Tagesordnung

Ratsherr Adler bezieht sich auf die Pressemitteilung der Verwaltung und kritisiert, dass der Haushaltsentwurf 2001 erst Ende Januar der Politik vorgelegt werden soll. Der die späte Vorlage begründende verwaltungsinterne Abstimmungsbedarf sei keine Besonderheit bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2001. Die Politik könne nicht tolerieren und müsse auch öffentlich kritisieren, dass der Verwaltungsentwurf nicht schon im Dezember 2000 vorgelegt worden sei.

Oberbürgermeister Dr. Poeschel entgegnet, dass aufgrund der späten Genehmigung des Haushaltes 2000 und des voraussichtlichen Rechnungsergebnisses des Vorjahres keine frühzeitigere Vorlage des Verwaltungsentwurfes möglich gewesen sei. Höchste Priorität setze die Verwaltung auf die Genehmigungsfähigkeit des Entwurfes. Die im Sozial-, Kultur- und Sportbereich tätigen Institutionen und Vereine erhielten kurzfristig die größtmögliche Rechtssicherheit, wenn von der Verwaltung ein genehmigungsfähiger Haushalt vorgelegt werde. Er beabsichtige, bis Ende des Monats Januar einen Entwurf vorzulegen, der den Institutionen und Einrichtungen Sicherheit gebe und ein zügiges Genehmigungsverfahren ermögliche. Es sei ein gutes Ergebnis, wenn trotz der finanziellen Schwierigkeiten ein Entwurf vorgelegt werden könne, der den haushaltswirtschaftlichen und haushaltsrechtlichen Anforderungen entspreche.

Ratsfrau Stolze hält die Vorlage des Entwurfes für ebenso dringlich wie dessen Beratung in den Fachausschüssen. Die von der Verwaltung genannten Gründe zur späten Vorlage des Verwaltungsentwurfes überzeugten nicht; die Beratung des Entwurfes bereits im Dezember wäre wichtig gewesen. Aus der Pressemitteilung habe sie den Eindruck gewonnen, dass der Rat als Gremium politischer Willensbildung missachtet werde. Der Rat müsse, wie auch die Verwaltung, die Möglichkeit haben, sich mit dem Haushaltsentwurf intensiv auseinander zu setzen. Gerade die dem Rat nicht angehörenden Ausschussmitglieder hätten einen Anspruch auf die Beratung des Verwaltungsentwurfes in den Ausschüssen, jedoch lasse die von der Verwaltung vorgesehene Zeitplanung dieses nicht zu. Da die Fachausschüsse den Haushalt aber beraten sollten, könne der Haushalt frühestens im März beschlossen werden. Dieses bedeute, dass mit der Haushaltsgenehmigung durch die Kommunalaufsicht erst kurz vor der Sommerpause gerechnet werden könne.

Ratsherr Klarmann lehnt den Dringlichkeitsantrag der OLLi/PDS-Fraktion ab. Auch in den vergangenen Jahren habe die Verwaltung teilweise erst in den Monaten Februar und März die Entwürfe zur Beratung stellen können. Dennoch habe die CDU-Fraktion die frühzeitigere Vorlage des Verwaltungsentwurfes 2001 erbeten und halte die Beratung in den Fachausschüssen ebenfalls für notwendig. Er erinnert an das langwierige Genehmigungsverfahren des Vorjahres und hofft, dass in diesem Jahr ein kurzfristige Genehmigung möglich sei. Soweit die Verwaltung einen Entwurf erarbeite, der nur eine kurze politische Beratung erfordere, könne trotz der schwierigen Haushaltslage noch mit einer Genehmigung vor den Sommermonaten gerechnet werden.

Ratsherr Dr. Knake hält das Ziel des OLLi/PDS-Antrages durch die Äußerung der Verwaltung für erreicht. Die Forderungen nach einer früheren Vorlage des Verwaltungsentwurfes würden unterstützt. Da kein konkreter Beschlussvorschlag zum Haushalt 2001 vorliege, lehnt er den Dringlichkeitsantrag ab.

Ratsherr Adler zieht den Dringlichkeitsantrag zurück.

Die Tagesordnung wird vom Rat einstimmig genehmigt.

### **3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 20/00 vom 19.12.2000**

Die Niederschrift Nr. 20/00 vom 19.12.2000 wird vom Rat einstimmig genehmigt.

### **4. Mitteilungen des Oberbürgermeisters**

Oberbürgermeister Dr. Poeschel verweist auf die zur Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 16.01.01 versandte Vorlage. Der Rat nimmt ohne Aussprache Kenntnis.

### **5. Einwohnerfragestunde**

- Einwohnerfragen liegen nicht vor -

### **6. Beschlussvorschläge des Verwaltungsausschusses und der Fachausschüsse**

Der Rat fasst folgende Beschlüsse:

#### **6.1 Verwaltungsausschuss vom 16.01.2001**

##### **6.1.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Städtischen Kliniken gGmbH (Anlage 1)**

Ratsherr Adler bezieht sich auf die nunmehr im § 8 des Gesellschaftsvertrages vorgeschlagene Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung. Bereits in der Ratssitzung am 16.02.1999 habe er angemahnt, dass die Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung nicht geregelt sei. Selbst diese Anmerkung habe den Rat seinerzeit nicht bewogen, die Zusammensetzung vertraglich zu regeln. Erstaunt sei er, dass die Verwaltung zwei Jahre benötigt habe, um dieses nachzuholen; wenn die Verwaltung zur Bearbeitung nicht kurzfristig in der Lage gewesen sei, könne er sich nicht vorstellen, dass zukünftig nur drei Geschäftsbereichsleitungen innerhalb der Verwaltung ausreichen.

Ratsvorsitzender Nehring lässt über den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses (Vorschlag in der Fassung des Aufsichtsrates der Städtischen Kliniken Oldenburg gGmbH) abstimmen.

Der Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses wird angenommen.

- mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen -

6.1.2 Resolution gegen die geplanten Standortschließungen und -reduzierungen der Bundeswehr  
(Anlagen 2 u. 3)

Ratsfrau Scheibert spricht sich für die von der Verwaltung vorgeschlagene Resolution aus. Da Oldenburg im Vergleich zu anderen Standorten bereits unverhältnismäßige Benachteiligungen hinnehmen musste, könne die weitere Reduzierung der Bundeswehr zu schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen in der strukturschwachen Region führen. Die Soldaten, Zivilangestellten und deren Familien hätten sich in Oldenburg stets wohl gefühlt. Die seit dem Jahre 1984 bestehende Patenschaft zwischen der Stadt und den hier stationierten Kräften sei beidseitig mit großem Engagement gestaltet worden. Die Streitkräfte und die Bundeswehr seien traditionell in Oldenburg verwurzelt und in der Bevölkerung bestünde eine große Akzeptanz. Die Soldaten und Zivilbeschäftigten seien ein fester Bestandteil des städtischen Lebens und die Stadt habe sich wirtschaftlich und infrastrukturell auf die Einrichtungen der Bundeswehr eingestellt. Die Verwaltung habe bereits vor zwei Wochen den Bundesminister der Verteidigung darauf aufmerksam gemacht, dass die Stadt einen weiteren Abbau der Bundeswehr nicht akzeptieren könne.

In den letzten drei Jahre seien ca. 54 Mio. DM für Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen von Bundeswehreinrichtungen ausgegeben worden. Soweit diese Einrichtungen durch die geplanten Standortschließungen und -reduzierungen betroffen seien, würden hier Steuermittel „verschleudert“. Für Oldenburg ginge erhebliche Kaufkraft und ein großer wirtschaftlicher Faktor verloren und es würden viele Ausbildungs- und Arbeitsplätze durch den massiven Abzug der Streitkräfte abgebaut. Eine mögliche Reduzierung beträfe ca. 2.200 Familien, die ihr soziales Umfeld verlören und durch Umzüge einer weiteren Belastung ausgesetzt würden. Es dürfe nicht angehen, dass die Bundeswehrangehörigen hin- und hergeschoben würden; auch vor diesem Hintergrund sei es Aufgabe des Rates, sich mit aller Kraft für den Erhalt des Standortes in der bisherigen Stärke einzusetzen. Der Rat habe ein Recht und die Pflicht, den Erhalt des Standortes Oldenburg zu fordern. Oldenburg sei innerhalb der EU als strukturschwache Region anerkannt, und die bisherigen Fördermaßnahmen würden durch eine Reduzierung und den Abbau von Bundeswehreinrichtungen unterlaufen. Soweit der Bundesminister der Verteidigung die Gesamtsituation in Oldenburg würdige, dürften keine Bundeswehreinrichtungen aufgegeben werden. Kein Verständnis habe sie, wenn Ratsmitglieder gegen die vorgelegte Resolution stimmten.

Ratsherr Adler unterstützt in Folge der Entspannungspolitik die grundsätzliche Reduzierung von Bundeswehreinrichtungen. Nach der Verfassung dürfe die Bundeswehr ohnehin nur zur Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland oder aufgrund internationaler Verpflichtungen eingesetzt werden, soweit ein Mandat des UN-Sicherheitsrates vorliege. Die Beteiligung an Angriffskriegen, wie gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, müsse zukünftig unterbleiben. Sollten alle von den Absichten des Bundesministers der Verteidigung berührten Kommunen wie Oldenburg reagieren, könnten keine Truppen reduziert werden. Richtig sei, dass die Stadt aufgrund der beabsichtigten Truppenreduzierung eine stärkere Förderung ziviler Maßnahmen einfordere. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, habe seine Fraktion den Änderungsantrag (Anlage 3) formuliert. Er berichtigt den Änderungsantrag seiner Fraktion dahingehend, dass es im letzten Absatz um die

wirtschaftlichen und sozialen Folgen eines Truppenabbaues gehe. Der Entwurf der Resolution beinhalte im letzten Satz das Wort „Streitkräfte“. Dieser Begriff beinhalte seines Erachtens die militärische Tradition Deutschlands, die viel Leid für die Menschen gebracht habe. Insbesondere deshalb empfehle er, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Ratsherr Zabel begrüßt die auf vielen Ebenen vorhandene Sichtweise, dass die Bundeswehr personell noch zu stark besetzt sei. Die Politik von Bündnis 90/Die Grünen sei seit Jahrzehnten darauf ausgerichtet, die Bundeswehr deutlich zu reduzieren. Sicherlich brächten die Auswirkungen des Truppenabbaues wirtschaftliche und soziale Folgen für die betroffenen Kommunen, jedoch sei das Ziel, die Personalstärke der Bundeswehr und die Einrichtungen zu reduzieren, das höher-rangige Gut, das bei der Abwägung stärker zu gewichten sei. Daher werde die vorgeschlagene Resolution abgelehnt. Soweit von Benachteiligungen in Folge des Truppenabbaues gesprochen werde, verstehe er darunter, dass die Stadt im Vergleich zu anderen Kommunen über einen längeren Zeitraum wirtschaftlich schlechter gestellt sei. Für Oldenburg könne es sich als möglicher Vorteil erweisen, wenn sich die Stadt als eine der ersten Städte einer Truppenreduzierung beuge. Er hoffe, dass die Stadt die möglichen Auswirkungen verkrafte. Die von der CDU-Fraktion angesprochene Tradition Oldenburgs als Garnison müsse aufgrund der heutigen Situation als beendet angesehen werden.

Ratsfrau Bockmann unterstützt die vorgelegte Resolution und erklärt, dass die Bundeswehrreform aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden könne. Erfreulich sei, dass die heutige Generation eine friedliche Zeit erleben dürfe, andererseits würden die von der Reform betroffenen Kommunen wirtschaftlich benachteiligt. Bereits im ersten Reformschritt seien in Niedersachsen an 51 Standorten ca. 69.000 Stellen abgebaut worden. Bedingt durch die außerordentlichen wirtschaftlichen Folgen müssten bei der Schließung von Bundeswehrstandorten und der Reduzierung von Truppen strukturschwache Gebiete gerecht berücksichtigt werden. Die Verwaltung habe sich bereits mit zutreffenden Argumenten schriftlich auch an den Niedersächsischen Minister des Innern gewandt. Die Landesregierung unterstütze die Argumentation und die Belange der Stadt Oldenburg. Sowohl die SPD-Landtagsfraktion als auch die SPD-Ratsfraktion setzten sich dafür ein, dass strukturschwache Gebiete durch Standortschließungen und -reduzierungen nicht weiter benachteiligt würden.

Ratsherr Krummacker meint, dass die europäische Entspannungspolitik einen Strukturwandel in der Bundeswehr notwendig mache. Die F.D.P. stehe aber insgesamt zu den Aufgaben und zum Auftrag der Bundeswehr. Er erinnert an die Hilfeleistungen während der Schneekatastrophen und den Überschwemmungen im Oderbruch. Die Haltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen widerspreche den Äußerungen des Bundesaußenministers, der sich mit den Leistungen der Bundeswehr brüste. Wichtig sei, dass die Stadt mit der Resolution eine Gleichbehandlung im Vergleich zu anderen Bundeswehrstandorten einfordere. Er lehnt die Änderungsanträge der OLLi/PDS-Fraktion ab und bittet, die vom Verwaltungsausschuss empfohlene Resolution zu beschließen.

Ratsherr Kühnrich kritisiert, dass durch die in der Resolution verwandte Formulierung „Streitkräfte und Bundeswehr“ unklar sei, auf welche politischen Zeiträume sich die Aussage beziehe. Er habe die CDU-Fraktion so verstanden, dass diese

Zivilangestellte der Bundeswehr als „Streitkräfte“ auffasse. Die seines Erachtens zum Ausdruck gebrachte rückhaltlose Identifizierung mit der Garnison in der Geschichte müsse differenziert betrachtet werden, da eine generelle Grundaussage auch die Zeit des Faschismus beinhalte. Sicherlich habe es stets Bevölkerungsteile gegeben, die die Garnison Oldenburg abgelehnt hätten. Die mit Engagement vorgetragenen sozialen Folgen reformbedingter Umzüge von Soldaten und deren Familien seien in der Debatte um diese Resolution verfehlt. Die Aussage „unsere Stadt braucht unsere Soldaten und Zivilstreitkräfte“ beinhalte eine übertriebene Identifikation mit der Bundeswehr. Mit dem Änderungsantrag seiner Fraktion würden gegenüber dem Entwurf klarere und verständlichere Aussagen vorgeschlagen. Es sei aber zu erwarten, dass die Ratsmehrheit diese Vorschläge nur wegen des Absenders nicht beschließen werde.

Der Änderungsantrag der OLLi/PDS-Fraktion wird vom Rat abgelehnt.

- mehrheitlich bei 2 Ja-Stimmen und 10 Stimmenthaltungen -

Die Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses wird angenommen.

- mehrheitlich bei 11 Gegenstimmen -

## **6.2 Bau- und Planungsausschuss vom 21.12.2000**

(Anlage 4)

### **6.2.1 Bebauungsplan W-722 (Von-Kobbe-Straße/Strackerjanstraße) - Auslegungsbeschluss (2. öffentliche Auslegung)**

Ratsherr Drieling spricht sich für die Annahme des Auslegungsbeschlusses aus. Durch die erneute Auslegung des Bebauungsplanes würden die Einwände und Änderungsvorschläge der Anwohnerinnen und Anwohner sowie der CDU-Fraktion berücksichtigt. Die Wohnbebauung im Planbereich sei im Stil der 50er Jahre entstanden; Licht durchflutete, sonnige Wohnungen, großzügige Grünanlagen und Freiräume sicherten eine gute Wohnqualität. Entgegen der heute geforderten verdichteten Bauweise werde durch diese Großzügigkeit eine besondere Wohnqualität erhalten.

Der Beschlussvorschlag des Bau- und Planungsausschusses wird angenommen.

- mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen -

### **6.2.2 Änderung Nr. 1 des Bebauungsplanes N-668 mit örtlicher Bauvorschrift zur Gestaltung (ehem. Clausewitz-Kaserne) - Satzungsbeschluss**

- mehrheitlich bei 9 Gegenstimmen -

### **6.2.3 Bebauungsplan M-736 (Bereich der Weser-Ems Halle) - Aufstellungsbeschluss**

- mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen -

6.2.4 Benennung von Straßen

6.2.4.1 Eiffelstraße

- einstimmig -

6.2.4.2 Gropiusstraße

- einstimmig -

6.2.4.3 Semperstraße

- einstimmig -

6.2.4.4 Schinkelstraße

- einstimmig -

6.2.4.5 Schlüterstraße

- einstimmig -

6.2.4.6 Schaumkrautweg

- einstimmig -

Nehring  
Ratsvorsitzender

Dr. Poeschel  
Oberbürgermeister

Triebe  
Protokollführer